

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die Kleinspaltige Zeile 12 Pf. In
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Dienstag, den 15. Februar

1910.

N 37.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließt.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten, sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Dienstag, den 15. Februar

1910.

In dem **Kontursverfahren** über das Vermögen des Väckers **Erwin Eickard Schreiter** in **Hundshöbel** wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke

der **Schlusstermin**

auf den **12. März 1910, vormittags 10 Uhr**

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Eibenstock, den 12. Februar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Ueber das Vermögen des Grünwarenhändlers **August Schwabenitzki** in **Schönheide** wird heute

am **12. Februar 1910, nachmittags 2 Uhr**

das **Kontursverfahren eröffnet.**

Der Rechtsanwalt **Lottermoser** in Eibenstock wird zum **Kontursverwalter** ernannt. **Kontursforderungen** sind bis zum **15. März 1910** bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur **Beschlussfassung** über die **Beibehaltung** des ernannten oder die Wahl

eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Kontursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den **12. März 1910, vormittags 1/2 11 Uhr,**

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **1. April 1910, vormittags 10 Uhr,**

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Kontursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Kontursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Kontursverwalter bis zum 1. März 1910 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Die Nos. 119 und 213 der Schauffstättenverbotsliste sind zu streichen.

Stadtrat Eibenstock, den 14. Februar 1910.

Hesse.

M. II.

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen.

Von Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstags.

Durch die Entscheidung des Reichstags, mit welcher er dem Bundesrat die Ermächtigung erteilte, den Vereinigten Staaten von Nordamerika unseren Vertragstaxi ganz oder teilweise einzuräumen, sind die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns auf eine neue Basis gestellt worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ermächtigung, die der Reichstag dem Bundesrat gab, mit großer Beschleunigung zu einem Abkommen führen wird, durch das dem Deutschen Reich die amerikanische Minimaltarif sowie einjährige Vergünstigungen in bezug auf Zollabfertigung der Waren gewährt werden. Keine Freude wird dieser Handelsvertrag aber wohl auf keiner Seite auslösen, wenn auch dieses Abkommen wünschenswerter erscheint als ein Zollkrieg zwischen beiden Ländern. An sich erscheint ja unsere Position gegenüber den Vereinigten Staaten als eine günstigere. Der Handelsverkehr zwischen den großen Wirtschaftsgebieten erreichte in den letzten Jahren beinahe die Höhe von 2 Milliarden Mark. Davon kommen auf die Ausfuhr Amerikas nach Deutschland über 1300 Millionen Mark, auf die Ausfuhr des deutschen Reichs nach den Vereinigten Staaten 5—600 Millionen Mark. Wenn man aber bedenkt, daß mehr als 58 Prozent der amerikanischen Einfuhr auf Rohstoffe entfallen, die bei uns freigegeben, weil wir ihrer für unsere deutsche verarbeitende Industrie bedürfen, so sinkt schon dadurch die Waage zugunsten der Vereinigten Staaten, und wenn auch der Artikel viele bleiben, die bei einem etwa ausbrechenden Zollkrieg durch Verwendung der gegenseitigen Maximaltarife die amerikanische Industrie schwer schädigen würden, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß auch die deutsche Industrie hierbei in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen würde, die für einige Industriezweige verhängnisvoll werden könnte. Bei einer Besprechung über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen, die von einer großen Anzahl industrieller Firmen im November vorigen Jahres veranstaltet wurde, war man darüber klar, daß bei Anwendung des amerikanischen Maximaltarifs die deutsche Ausfuhr auf einen Bruchteil des bisherigen Standes herabsinken könnte; daß insbesondere in großen Industriegebieten wie Thüringen, Sachsen, Württemberg, Ostpreußen u. der Zollkrieg außergewöhnlich schwere Wunden schlagen könnte. Ist doch das Königreich Sachsen beispielsweise mit etwa 25 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr nach Amerika beteiligt und haben doch schon die früheren Zollserhöbungen der Union die Entwicklung derjenigen Industriebezirke gehemmt, die vorzugsweise auf den Export nach den Vereinigten Staaten angewiesen waren. Ein warnendes Zeichen für jeden deutschen Kaufmann und Industriellen, sich nicht für Gedeih und Verderb auf den Export nach einem einzelnen Land einzurichten, damit er nicht das Opfer eines aus allgemeinem Interesse einmal notwendigen Zollkrieges werde.

Betrachtet man die Tendenz des neuen amerikanischen Tarifs unter allgemeinen Gesichtspunkten, so erkennt man, daß er der allgemeinen Entwicklung der Schutzollidee auch seinerseits folgt. Wird doch auf Grund des neuen Zolltarifs mit einer Zolleinnahme von 320 Millionen Dollar für die Vereinigten Staaten gerechnet. Gewiß fehlt es in dem Tarif nicht an Herabsetzungen von Zollsätzen; große Vorteile werden der Eisen- und Stahlindustrie geboten, soweit sie Rohstoffe und halbfertige Waren herstellt, nicht minder der chemi-

schen Industrie Deutschlands, weniger der Kleinindustrie, die zum Teil mit sehr erheblichen Erschwerungen zu rechnen hat. Im ganzen ist bei Fertigwaren nach dem Grundsatz verfahren worden, Herabsetzungen da einzutreten zu lassen, wo keine Gefahr ausländischer Einfuhr vorzuliegen scheint, Erhöhungen dagegen mit der Wirkung des Einfuhrverbotes für solche Waren, die bisher in großen Mengen nach der Union gingen. Auch soweit übrigens Erleichterungen eingetreten sind, muß es, wie u. a. der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten erklärte, abzuwarten sein, ob nicht die Erleichterungen durch die Bestimmungen über die Feststellung des Wertes wieder zunichte gemacht werden. In vielen Fällen kann überhaupt erst die Praxis Licht in die Zollveränderungen bringen, weil anscheinend absichtlich Wertzölle in spezifische Zölle umgewandelt sind. Die amerikanische Regierung hat bei den Verhandlungen mit dem deutschen Reich die Erklärung abgegeben, daß sie den neuen Zolltarif in freundschaftlichem und verständlichem Sinne anwenden werde. Es wird die Aufgabe unserer diplomatischen Vertretung sein, mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß dieses Versprechen auch gehalten wird. An sich bringt die Bestimmung des Marktwertes, d. h. die Zugrundelegung des Wertes, den die verkaufte Ware in dem Verkaufslande hat, eine außerordentliche Unsicherheit in die Handelsbeziehungen hinein. Bei dem System von Wertzöllen kann der deutsche Exporteur wohl kalkulieren mit dem Wertzoll, zugerechnet zu den deutschen Produktionskosten. Die Bestimmung des Marktwertes durch die Appraiser in Amerika kann — zumal die Appraiser das Recht haben, bis zu 50 Proz. Zollzuschlag für eine Ware zu erheben — zu Willkürlichkeiten aller Art führen, die jede Kalkulation über den Haufen werfen und verlustbringend sind. Entgegenwirken werden dieser entworfen Tendenz der Appraiser allerdings die Konsumenteninteressen der amerikanischen Bevölkerung und weiterhin die Interessen der amerikanischen Importeure, die auf gute kaufmännische Beziehungen zu ihren deutschen industriellen Freunden Wert legen und auf deren Einsprüche als Amerikaner bei dem Selbstbewußtsein des Yankeeestaates im Einzelfalle mehr Wert gelegt wird als auf die Beschwerden der deutschen Exportbehörden.

Als wenig erfreulich werden weiter in der deutschen Industrie die Markierungsvorschriften beurteilt, die in dem neuen Tarifgesetz enthalten sind. Durch das Tarifgesetz wird bestimmt, daß jede Ware das Herkunftsland erkennen lasse. Das wird sich bei Massenartikeln, die in Hunderttausenden von verschiedenen Fassons hinausgeschickt werden, empfindlich bemerkbar machen, und Schwierigkeiten hervorbringen. Andererseits ist es zweifelhaft, ob Amerika nicht mit diesem Gesetz dieselben für sich ungünstigen Erfahrungen macht, die England mit seinem Gesetz made in Germany gemacht hat. Man kennt in der ganzen Welt die Solidität der deutschen Waren, und deshalb kann der Stempel der Herstellung ungewollt vielleicht gerade den Anlaß dazu geben, dasjenige einzuholen, was an sich durch die Erschwerung der Exportbedingungen unmöglich gemacht werden könnte.

(Schluß folgt.)

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Der Kaiser nahm am Sonnabend an der Hundertjahrfeier des Garde-Pionier-Bataillons in Berlin

teil. Er verkündete die Stiftung eines Säcularfahnenbandes an das Bataillon und befestigte das Band selbst an der Fahne. Nach Bekanntgabe einiger Auszeichnungen nahm der Kaiser den Vorbeimarsch des Bataillons und der alten Krieger ab, und beteiligte sich dann an einem Frühstück im Offizierskasino. — Die Kaiserin stattete der Gemahlin des erkrankten Reichspräsidenten Stolberg einen Besuch ab.

— Unbegründete Meldung. Eine Londoner Meldung, wonach die Prinzessin Viktoria Luise von Preußen einen Besuch an englischen Hof abstatte und später das Kaiserpaar zu einem offiziellen Besuch nach England gehen werde, wird der „Neuen politischen Korrespondenz“ an maßgebender Stelle als unbegründet bezeichnet.

— Ein Trinkspruch Dernburgs bei der Schaffermahlzeit. Zu der Freitag nachmittag im Hause „Seefahrt“ in Bremen wie alljährlich stattgehabten Schaffermahlzeit waren u. a. der Einladung gefolgt: Staatssekretär Dernburg, Staatsminister von Poddiecki, Graf Baudissin, Chef der Marinestation der Nordsee, sowie zahlreiche andere auswärtige Gäste und die Spitzen der Behörden. Nach den vorgeschriebenen zahlreichen Trinksprüchen ergriff Dernburg das Wort und führte aus: „Das Wort des Dichters: „Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze!“ verstehe der Kaufmann und der Reeder jetzt in dem Sinne: „Das Meer ist Deutschlands Wehr, nicht Deutschlands Grenze!“ Diesen Gedanken der Nation eingepreßt zu haben sei das unvergleichliche Verdienst unseres Kaisers. Der gegen den Deutschen erhobene Vorwurf, daß er unter fremden Völkern gleich das Volkstum verleugne, treffe nicht mehr zu. Der Deutsche müsse es sich zur Aufgabe machen, aus dem fremden Wesen sich nur das zu eigen zu machen, was ihm passe, im übrigen aber das Deutschtum wahren.“ Dernburg schloß mit einem Hoch auf die Freie und Hansestadt Bremen. — Graf Baudissin drückte seine Freude über die zwischen Bremens Handel und Schiffahrt und der kaiserlichen Marine bestehenden guten Beziehungen aus und schloß mit einem Hoch auf Bremen und den Norddeutschen Lloyd. — Staatsminister von Poddiecki toastete auf die Kapitäne, die vor allem Männer der Tat seien. Damit schloß der offizielle Teil der Feier.

— Der geschäftsführende Ausschuss des Alldeutschen Verbandes hat seinen Gau-Leitungen und Ortsgruppenvorständen in bezug auf Kundgebungen politischer Natur für die Zukunft eine gewisse Zurückhaltung empfohlen und ihnen geraten, ihre Einreichungen und Veröffentlichungen keinesfalls früher vorzunehmen, als bis die Hauptleitung sich über deren Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit geäußert hat. Diese Mahnung ist natürlich eine Folge des Briefes des rheinisch-westfälischen Zweigvereins an den Reichskanzler, der so schwere Angriffe gegen das Auswärtige Amt enthielt.

— Wahlrechtsversammlungen in Berlin und Borort. Am Sonntag haben etwa 40 Volksversammlungen stattgefunden, in denen die Führer der sozialdemokratischen Partei gegen das neue Wahlrecht für Preußen gesprochen haben. Sämtliche Versammlungen, die schon lange vor Beginn geschlossen werden mußten, weil der Andrang zu groß war, nahmen durchweg einen gleichmäßigen Verlauf. Es wurden Reden gehalten, in denen mit mehr oder minder heftigen Worten gegen die Wahlrechtsform in Preußen protestiert wurde.

— Der Kinematograph als Mittel zur Deutschenhege. Das Kinematographentheater hat